



Die Mär von den hohen Unternehmenssteuern

Seit Jahren verschieben sich die Einnahmen unseres Staates von einer angemessenen Beteiligung der Unternehmen hin zu einer Finanzierung fast allein aus Lohn- und Einkommenssteuer. Die Begründung für die Absenkung der Unternehmenssteuern ist die nominale Höhe der Steuersätze im Vergleich zu anderen Ländern. In einem globalisierten Markt mit der recht einfachen Möglichkeit von Auslandsinvestitionen und Produktions-/Standortverlagerungen müsse die Wettbewerbsposition für Unternehmen in Deutschland stimmen und dann würden auch zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

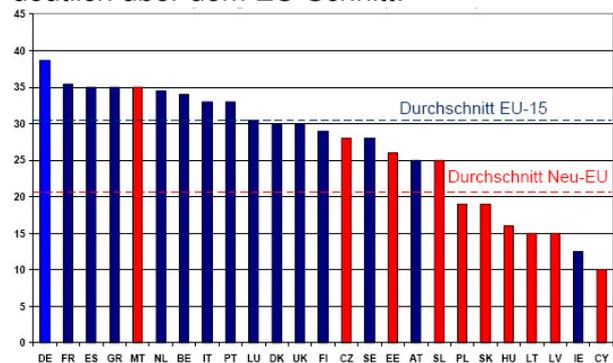
Dieser Glaubenssatz bestimmt leider die öffentliche Diskussion. Und es ist in der Tat nur ein unbewiesener Glaubenssatz.

Denn:

- Die internationale Wettbewerbsfähigkeit hat sich seit Jahren deutlich verbessert (Exportweltmeister, unterdurchschnittliches Ansteigen der Lohnstückkosten), trotzdem ergibt sich daraus und aus der damit verbundenen guten Ertragslage der Unternehmen keine zusätzliche Beschäftigung. Seit 2000/1 sind die Unternehmenssteuereinnahmen um ca. 16 Mrd. € pro Jahr gesunken.

- Die nominalen Steuersätze geben überhaupt keinen Anhaltspunkt für die reale Steuerzahlung. Gerade international operierende Unternehmen zahlen (wenn überhaupt) deutlich weniger Steuern als es der nominale Satz erscheinen lässt. Insofern kann auch niemand, incl. Finanzminister Steinbrück sagen, wie die reale Belastung aussieht. Es ist völlig unbegreiflich, dass ein Land wie Deutschland überhaupt keine sicheren Angaben darüber hat, wie viel Unternehmenssteuern von wem gezahlt werden.

Zwar sind die nominalen Sätze der Unternehmenssteuern in Deutschland deutlich über dem EU-Schnitt:



Real ergeben sich aber sehr viel geringere Belastungen durch vielfältige Abschreibungsmöglichkeiten für Personengesellschaften und vor allem Kapitalgesellschaften:

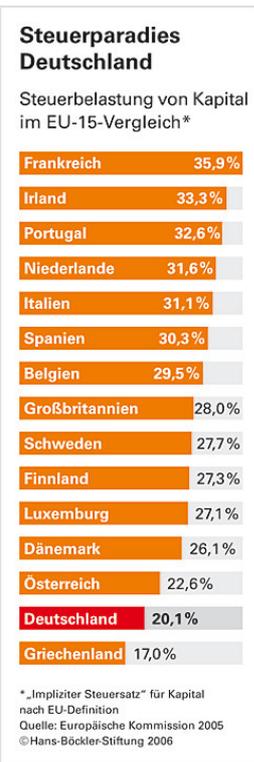
- Das steuerliche Absetzen der Kosten für Auslandsinvestitionen von den in Deutschland erwirtschafteten Gewinnen, ohne dass die im Ausland erzielten Erträge entsprechend besteuert werden müssen.
- Veräußerungserträge aus der Veräußerung inländischer Unternehmensbeteiligungen sind von der Besteuerung freigestellt.
- Großzügige Möglichkeiten zur Bildung stiller Reserven, die Verschiebung steuerlicher Bemessungsgrundlagen in Niedrigsteuerländer, die unbeschränkte Querverrechnung von Verlusten zwischen verbundenen Unternehmen.





- Durch das Ersetzen von Eigenkapital in Deutschland durch Fremdkapital eigener Finanzierungsgesellschaften im Steuer-oasen-Ausland. Dessen Verzinsung ist in Deutschland steuerlich abzugsfähig (ähnliches geschieht über Lizenzen und andere Gebühren).

Faktisch werden so besonders international tätige Großunternehmen zu Lasten kleinerer und mittlerer Unternehmen bevorzugt. Da kann es sein, dass der kleine Händler bei gleicher Umsatzrendite deutlich mehr Steuern zahlt als ein Großunternehmen.



Die EU-Kommission sieht die reale Steuerbelastung so auch ganz anders als Lobbygruppen hier bei uns. Innerhalb der EU 15 rangiert Deutschland demnach bei der Steuerbelastung von "Kapital" auf dem vorletzten Platz. Allerdings werden hier die Besteuerung von Zins-einkommen und Ver-äußerungsgewinne mit eingerechnet. Da diese in Deutschland beson- ders häufig hinterzogen werden, wird der größte Teil des EU-Indikators für Deutschland auf Unternehmensgewinne entfallen.

Die Pläne einer Unternehmenssteuer-reform der Bundesregierung laufen auf dem falschen Gleis. Es ist eine Absenkung der tariflichen Gesamtbelastung von Kapitalgesellschaften und großen Per-sonengesellschaften auf unter 30 Prozent geplant. Ingesamt soll die Reform die Unternehmen um vier bis acht Milliarden Euro entlasten – Steuergelder, die den öffentlichen Haushalten fehlen. Eine nominale Senkung der Unternehmens-steuern, die auf unbelegten Glaubens-

sätzen beruht, ist nicht akzeptabel. Unter-belichtet ist der zweite, wenn auch begrüßenswerte Teil der Planungen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei Gewerbe- und Körperschaftsteuer und deren Ausrichtung an der Ertragsfähigkeit eines Unternehmens. Steuerschlupflöcher müssen geschlossen, Zinsen, Lizenzen und Mieten müssen vollständig zu einer modifizierten Gewerbe- und Körperschaft-steuer herangezogen werden.

Zudem muss das Problem des Steuerwettlaufes nach unten europäisch angegangen werden. Hier sollte die Bundesregierung klare Initiativen zeigen (Deutschland hat im ersten Halbjahr 2007 die EU-Ratspräsidentschaft). Nicht den Wettlauf nach unten weiter anheizen, sondern durch einen Rahmen das Feuer löschen muss die Devise sein.

EU-Strukturfonds Umsetzung in den Bundesländern

Nach der Einigung über die Finanz-ausstattung und die Verabschiedung der Strukturfonds-Verordnungen Anfang Juli ist der Rahmen für die neue Strukturfonds-periode klar. Für Niedersachsen und Sachsen/Anhalt ergeben sich aus den EU-Mitteln ganz entscheidende Möglichkeiten zur beschäftigungsfördernden Gestaltung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Niedersachsen wird ca. 1,5 Mrd. € Strukturmittel und ca. 700 Mio. € zur Entwicklung des ländlichen Raumes erhalten, Sachsen/Anhalt ca. 2,7 Mrd. € Struk-turmittel und Bremen ca. 200 Mio. € Strukturmittel.

Jetzt beginnt die spannende Zeit der Ausarbeitung der Operationellen Pro-gramme in den Bundesländern. In diesen OP werden Rahmen und Schwerpunkte der nächsten Jahre gesetzt.



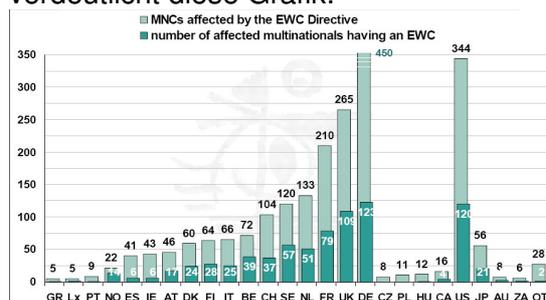


Ab November sollen die OP der EU-Kommission übermittelt werden (über 300 in der EU, 26 aus D, 4 aus Niedersachsen), die diese bis spätestens Mai 2007 genehmigt. In Niedersachsen erarbeitet das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung eine Analyse der wirtschaftlichen Lage, der Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken in Niedersachsen (SWOT Analyse) als Grundlage für die OP. Für die Begleitung der Aufstellung der OP gibt es eine Kontaktgruppe u.a. mit Sozialpartnern, NGO, Kommunen. Der DGB ist durch die Abteilung Wirtschaft und Europa vertreten. Ein Eckpunktepapier des DGB dient als Grundlage der Mitarbeit. (Das Papier ist in der Abteilung erhältlich). Vor Abgabe bei der EU-Kommission wird das OP noch extern evaluiert. Anregungen für die Schwerpunktsetzung in den OP sollten möglichst umgehend an die Abteilung Wirtschaft und Europa gerichtet werden.

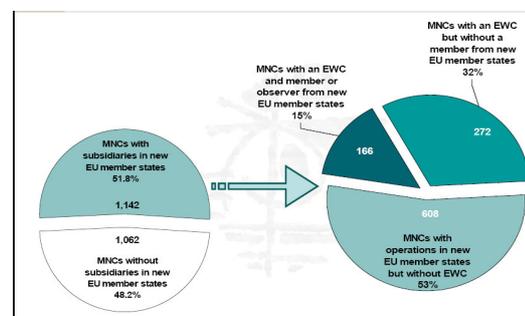
Mit der Genehmigung der OP kann die konkrete Projektbeantragung zu den einzelnen Schwerpunkten beginnen. Es ist geplant, dass die neuen Projekte zum 1. Juli 2007 anlaufen können.

Europäischer Betriebsrat – Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft

Das Europäische Gewerkschaftsinstitut hat ermittelt, dass von 2.204 Unternehmen, die in den Geltungsbereich der EBR-Richtlinie fallen, erst ein Drittel (784) einen Europäischen Betriebsrat gebildet hat. Allein in Deutschland sind noch 327 EBR zu gründen, der Nachholbedarf ist prozentual besonders groß. Die Lage verdeutlicht diese Grafik:



Besonders relevant wird diese Situation, wenn man sich die Aktivitäten der transnationalen Unternehmen in den neuen EU-Ländern ansieht. Bei der Anzahl der Unternehmen, die mit Standorten in den neuen EU-Ländern in Mittel- und Osteuropa vertreten sind, liegt ebenfalls Deutschland an der Spitze; 231 von 450 deutschen Unternehmen. Und hier fällt das Nichtvorhandensein von EBR natürlich besonders ins Gewicht. 53% der Unternehmen haben keinen EBR und zusätzlich sind in 32% der Betriebe mit EBR keine Vertreter aus den Beitrittsländern vertreten.



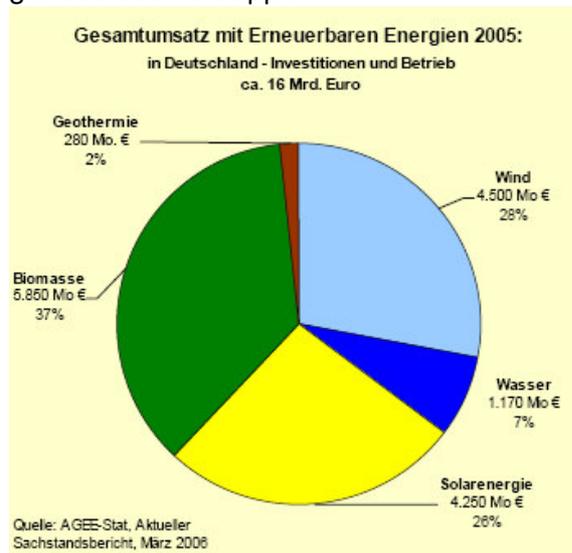
Regenerative Energien Beschäftigungsfeld mit Zukunft

In Deutschland als Weltmarktführer im Bereich der erneuerbaren Energien haben sich durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien deutliche Beschäftigungswirkungen gezeigt. Zum einen kommen sie aus der Nachfrage nach Investitionen in Anlagen. Zum anderen hat auch der Betrieb der im Inland installierten Anlagen positive Arbeitplatzeffekte. Insgesamt sind 2005 ca. 170.000 Beschäftigte in diesem Bereich tätig. Das ist mehr als in der traditionellen Energieversorgung: Steinkohle ca. 44.000, Atom 38.000, Braunkohle 25.000.

Die Sparte mit der größten Beschäftigung ist nach wie vor die Windenergie. Danach folgt der Bereich der Biomasse, der durch die gesteigerte Nachfrage nach biogenen Brennstoffen und Biokraftstoffen stark wächst.



Zukünftig wird neben dem Inlandsmarkt aber der Export eine noch größere Rolle spielen. Schätzungen gehen davon aus, dass die Investitionen in Erneuerbare Energien von heute schätzungsweise gut 40 Mrd. € bis zum Jahr 2020 auf 250 Mrd. € jährlich steigen. Diese Investitionszunahmen führen bei der Annahme einer mittleren Steigerung der Arbeitsproduktivität und einer größeren Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu erheblichen positiven Auswirkungen auf die Beschäftigung im Inland: die Zahl der Arbeitsplätze kann sich in diesem Zeitraum in etwa auf gut 300.000 verdoppeln.



Eine im Rahmen des Forschungsvorhabens „Wirkung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien auf den deutschen Arbeitsmarkt unter besonderer Berücksichtigung des Außenhandels“ durchgeführte Unternehmensumfrage hat gezeigt, dass die Beschäftigungsentwicklung bis zum Jahr 2010 überwiegend positiv eingeschätzt wird. So rechnen z.B. die Unternehmen, die im Bereich der Nutzung fester Biomasse tätig sind, mit einem Anstieg der Beschäftigung um 130 %. Deutschland wurde von den Unternehmen als der mit Abstand attraktivste Unternehmensstandort benannt.

Diese Entwicklung gilt es aktiv zu unterstützen und die Potenziale, die es gerade in Niedersachsen, Bremen und

Sachsen/Anhalt gibt, weiter auszubauen. Und dabei sind Innovationen besonders gefordert, z.B.:

- Die Entwicklung der Offshore Technologie und Onshore Logistik für Windparks in der Nordsee.
- Prognosesysteme für die Netzintegration schwankender Windenergieleistung.
- Virtuelles Kraftwerksmanagement, Vernetzung und Regelung.
- Intelligente Systeme für eine Verknüpfung von Wärme und Energieerzeugung insbesondere bei der Biomasse.
- Steigerung der Photovoltaik Wirkungsgrade.
- Biokraftstoffe der zweiten Generation incl. Anbau und Logistik.
- Neue Materialkombinationen, Materialeinsparung und Optimierung der Herstellungsverfahren.

Kontakt:

DGB-Bezirk
Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt
Abteilung: „Wirtschaft und Europa“
Dreyerstr. 6
30169 Hannover



Abteilungsleiter: Bernd Lange

Tel.: 0511 / 12601-30
bernd.lange@dgb.de



Mitarbeiter: Christa Piatkowski

Tel.: 0511 / 12601-33
christa.piatkowski@dgb.de

www.niedersachsen.dgb.de

**Kreuz und Quer:**

Das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung (NIW) hat neu herausgebracht:

Regionalreport 2005

Das Informationssystem besteht aus einem Datensatz regionalwirtschaftlicher Struktur- und Entwicklungsindikatoren in den Bereichen Demographie, Wirtschaft und Beschäftigung, Arbeitsmarkt, Bildung und Qualifikation, Löhne und Einkommen sowie kommunale Finanzen in den niedersächsischen Stadt- und Landkreisen, die insgesamt den Handlungsrahmen der regionalisierten Strukturpolitik abstecken. Als Sonderthemen sind bearbeitet worden:

- Auswirkungen des zukünftigen Demographischen Wandels auf die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots sowie
- Wirtschaftliche Strukturen und Entwicklungspotenziale der regionalen Kooperationen in Niedersachsen.

Als download unter:

http://www.ml.niedersachsen.de/master/C2790556_N2781126_L20_D0_1655.html

Beim Niedersächsischen Landesamt für Statistik ist erschienen:

Der Niedersachsenmonitor

Der *Monitor zeigt* eine umfassende Positionsbestimmung des Landes Niedersachsen durch einen systematischen Ländervergleich sowie durch die vertiefte Darstellung des Schwerpunktthemas zu der unterschiedlich ausgeprägten Fähigkeit der Regionen des Landes zur „regionalen Selbststeuerung“.

Als download unter:

<http://www.nls.niedersachsen.de/Download/Monitor/monitor-2005-gesamtwww.pdf>

Der Newsletter der EU-Kommission kann abonniert werden unter:

http://www.eu-kommission.de/html/presse/newsletter_add.asp

Kreuz und Quer:**Neue Webseite und Newsletter des EMB**

Der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) hat eine komplett neu gestaltete Webseite. Zudem versendet er seit April 2006 einen Newsletter auch in Deutsch:

<http://www.emf-fem.org/>

Alle Ausgaben der „News – Wirtschaft und Europa“ sind zu finden auf der Web-Site des DGB unter:

http://www.niedersachsen.dgb.de/themen/wirtschaft/news/news_uebersicht

Termine:**Donnerstag, 31. August 2006,**

"Ressourceneffizienz – Innovation für Umwelt und Arbeitsplätze", Hotel Schweizerhof Berlin, Dorint Sofitel, Budapesterstr. 25, 10767 Berlin, Veranstalter: IGM, BMU

Freitag, 1. September 2006,

14 – 17 Uhr, "BioEnergie – Globale Impulse für regionale Wertschöpfung", Die Wende zu erneuerbaren Energien eröffnet neue Chancen für Arbeitsmarkt und Wirtschaft in der regionalen Wirtschaft.

Forum AutoVision im Atrium, Major-Hirst-Str. 11, Wolfsburg, Veranstalter: Initiativkreis Neuer Wirtschaftszweig Biokraftstoffe, projekt REGION BRAUNSCHWEIG GMBH, Wolfsburg AG

Infos und Anmeldung:

<http://www.biokraftstoffe.info/wordpress/>